



SOZIALUNTERNEHMEN

Interessensvertretung der Dienstleistungsunternehmen
im psychosozialen- und Behindertenbereich Oberösterreich

PRESSEUNTERLAGE

Informationskampagne „Null Euro“

Juli 2011

Es informieren:

Sprecher der IV-Sozialunternehmen:

- Walter Binder (Geschäftsführer von assista)

Stellvertretender Sprecher IV-Sozialunternehmen:

- Ernst Achleitner (Geschäftsführer von Sozialverein B37)

Mitglieder IV-Sozialunternehmen:

- Christian Rachbauer (Geschäftsführer von pro mente Oberösterreich)
- Dietmar Dobretsberger (Geschäftsführer von EXIT-sozial)
- Günther Breitfuß (Persönliche Assistenz GmbH OÖ)
- Herbert Brindl (Geschäftsführer Caritas für Betreuung und Pflege)
- Heinz Thaler (Vorstand Diakoniewerk Gallneukirchen)



Sozialunternehmen starten Informationskampagne:

Der Standard der sozialen Versorgung in OÖ ist in Gefahr!

Mit einer Informationskampagne macht die Interessensvertretung der Sozialunternehmen in Oberösterreich auf den finanziellen Notstand der Sozialeinrichtungen aufmerksam. Das Land Oberösterreich hat bereits in den vergangenen Jahren mit hohem Kostendruck im Sozialbereich agiert. Mit der Einführung von Leistungspreisen arbeiten Sozialdienstleister schon bisher am finanziellen Limit. 2011 wurde vom Land OÖ nun sogar die Abgeltung der kollektivvertraglich notwendigen Gehaltsanpassung der MitarbeiterInnen verweigert. Für die Mehrkosten in der Höhe von vier Millionen Euro und den steigenden Sachaufwand in den Einrichtungen erhalten die Sozialunternehmen heuer Null Euro!

„Wir können so nicht weiterarbeiten, ohne die Angebote für die Menschen, die wir betreuen, zu kürzen“, fasst Walter Binder, der Sprecher der IV-Sozialunternehmen die schwierige finanzielle Situation in den Sozialunternehmen zusammen. Einige Unternehmen werden bereits heuer ihre Kosten nicht mehr ausgleichen können und ins Minus geraten. Die IV-Sozialunternehmen vertritt in Oberösterreich insgesamt 33 Dienstleistungsunternehmen aus dem Bereich der Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen und der psychosozialen Arbeit. Mehr als 33.000 KlientInnen werden von mehr als 7.000 MitarbeiterInnen betreut.

Land OÖ diktiert Standard und Preis

Das Land Oberösterreich betraut seit jeher private Trägereinrichtungen mit Sozialaufgaben aus dem Bereich der mobilen Hilfen und der Wohnbetreuung sowie Tagesstruktur. Der Standard der Leistungen wird durch gesetzliche Vorgaben – wie etwa das Chancengleichheitsgesetz – festgelegt. Gleichzeitig bestimmt das Land OÖ aber als einziger Auftraggeber/Kunde auch den Preis der Leistungen. Damit stehen die beauftragten Sozialunternehmen unter dem Druck, ihre Ausgaben für Personal und Sachaufwand permanent den Budgetschwankungen des Landes anzupassen. Diese Knebelverträge haben eine eindeutige Tendenz nach unten. Das heißt: Seit Jahren wird vom Land OÖ hohe Leistung in der Betreuung für immer weniger Geld verlangt.

Für heuer wurde erstmals die Abgeltung (Valorisierung) der kollektivvertraglich vereinbarten Mehrkosten beim Personal (2 %) vom Sozialressort des Landes OÖ abgelehnt. Das Land OÖ friert die Gehälter der BehindertenpädagogInnen, SozialarbeiterInnen und TherapeutInnen einfach ein, während die Sozialvereine verpflichtet sind, die Gehaltsanpassung zu bezahlen. Was bei Bauprojekten selbstverständlich ist, nämlich dass der Inflationsausgleich abgegolten wird, wird den Sozialunternehmen verweigert. Das bedeutet, dass diese die Mehrkosten von rund vier Millionen Euro durch weitere Kürzungen im laufenden Betrieb der Einrichtungen aufbringen müssen. Noch dazu wurde diese faktische Kürzung der Budgets entgegen vorheriger Zusagen durchgeführt. „Wir können uns auf das Wort unseres Auftraggebers, des Landes Oberösterreich nicht mehr verlassen und damit auch nicht mehr solide planen“, bedauert Walter Binder.

„Die Konsequenzen dieser Politik werden auch die KlientInnen spüren“, warnt IV-Sprecher Walter Binder. Die Angebote für Therapie, für Wohnen, mobile Betreuung, Beratung, Beschäftigung, persönliche Assistenz oder Frühförderung von Menschen mit Beeinträchtigungen werden nicht mehr zum gesetzlich vorgegebenen Standard aufrecht erhalten werden können. Die Wartelisten für psychosoziale Beratung werden länger. Was das in weiterer Folge für die KlientInnen und deren Angehörige bedeutet, schildern Vertreter von Sozialeinrichtungen:

Schon im Vorjahr massiv betroffen

Drei Einrichtungen waren bereits in den vergangenen beiden Jahren durch Budgetkürzungen des Landes massiv betroffen. Die für heuer wirksame Nicht-Valorisierung der kollektivvertraglichen Gehaltsanpassung der MitarbeiterInnen bringt diese neuerlich in finanzielle Bedrängnis:

pro mente / Christian Rachbauer: Durch Budgetkürzungen musste pro mente Oberösterreich im Vorjahr mehrere Psychosoziale Beratungsstellen schließen und 34 MitarbeiterInnen abbauen. Betreuungsstunden in den Freizeit- und Kommunikationseinrichtungen für psychisch Kranke wurden um ein Drittel gekürzt.

EXIT-sozial / Dietmar Dobretsberger: Mehr als 44.000 Unterschriften sammelten pro mente OÖ, EXIT-sozial und Arcus Sozialnetzwerk gegen die 33-Prozent-Kürzungen des Landes OÖ bei der Hilfe für Menschen mit seelischen Leiden im Vorjahr. Dabei steigt der Hilfsbedarf bei Burn-out, Depression und Angsterkrankungen seit Jahren, was sinnvollerweise eine deutliche Erhöhung des Budgets für psychosoziale Dienste notwendig machen würde.

Persönliche Assistenz / Günther Breitfuß: Bereits 2009 wurde der weitere Ausbau der persönlichen Assistenz für Menschen mit Beeinträchtigungen gestoppt. In der Folge bildeten sich lange Wartelisten. Heuer drängt eine Erhöhung des Kostenbeitrages um 33 Prozent diese Menschen zu einem großen Teil wieder zurück in die private Pflege. Sie können sich die Betreuung durch die MitarbeiterInnen von „Persönliche Assistenz“ nicht mehr leisten. Angehörige – sofern überhaupt greifbar – sind damit aber oft überfordert.

Qualität der Betreuung nicht gesichert

Vor den weiteren Folgen der Kürzungen im Sozialbereich warnen auch die IV-Mitglieder aus dem Behindertenbereich. Sie sehen durch den Sparkurs eine Spirale nach unten in der Qualität der Betreuung. Wenn aber die Hinführung zur selbstständigen Lebensgestaltung reduziert werden muss, werde es in weiterer Folge höhere Kosten durch Pflege geben, befürchten die verantwortlichen Unternehmen:

Caritas / Herbert Brindl: Durch die vom Land verordneten Einsparungen wird die Arbeit der Betreuer vor allem auf akute Problemfelder reduziert. Die Förderung von Fähigkeiten erfordert jedoch intensive individuelle Betreuung mit hohem Zeitaufwand und dementsprechendem Personaleinsatz. Wenn diese Betreuung nur mehr in reduziertem Ausmaß durchgeführt werden kann, bleiben Erhalt und Entwicklung von Mobilität und Selbständigkeit auf der Strecke. Die Betroffenen brauchen dadurch künftig mehr Betreuung und Pflege. Budgetkürzungen haben daher einen sehr kurzsichtigen Effekt, langfristig gesehen verursachen sie Kostensteigerungen. Die Qualität der Betreuung leidet darüber hinaus, wenn die Raumverhältnisse zu eng sind. Aufgrund der Budgetsituation werden

notwendige Adaptierungen von älteren Gebäuden, die schon in den vergangenen Jahren aus Kostengründen hinausgeschoben wurden, wieder nicht durchgeführt werden können.

Diakonie / Heinz Thaler: 600.000 Euro fehlen dem Diakoniewerk aufgrund der Nicht-Valorisierung der kollektivvertraglichen Gehaltsanpassung der Mitarbeiter. Wenn das so weiter geht, wird die Qualität der Betreuung schlechter. Qualitätvoll begleitetes Leben der Menschen mit Beeinträchtigungen wird eingespart. Was bleibt, ist die Reduzierung auf die Beaufsichtigung.

Assista / Walter Binder: „Warm – satt – sauber“, das ist der Mindeststandard, den Betreuungseinrichtungen aufrecht erhalten können. Menschliche Zuwendung, Freizeitgestaltung – das fällt alles dem Sparstift zum Opfer, wenn nicht mehr Geld vom Land kommt.

Klare Forderung: Inflationsausgleich muss abgegolten werden!

Den Sozialunternehmen ist wohl bewusst, dass die Qualität der bisherigen sozialen Vorsorge in Oberösterreich im Vergleich mit anderen Bundesländern sehr gut ist. Eine Nivellierung nach unten kann und darf aber nicht das Ziel dieser Regierung sein.

Bereits in den vergangenen Jahren haben die Sozialdienstleister durch den hohen Kostendruck in der Verwaltung und in allen Bereichen, die nicht unmittelbar mit den KlientInnen zu tun haben, eingespart. „Jetzt“, so der IV-Sprecher Walter Binder „stehen wir mit dem Rücken zur Wand. Wir können die Mehrkosten nicht mehr abdecken und fordern, dass die zwei Prozent vom Land aus dem Sozialbudget abgegolten werden.

Die zwei Prozent – in Summe rund vier Millionen Euro – die allein heuer durch den Nicht-Ausgleich der KV-Erhöhung bei den

Personalkosten eingespart werden, treffen die Sozialunternehmen ganz massiv. Walter Binder: „Das heißt im Klartext, dass 100.000 Betreuungsstunden gestrichen werden müssen“.

Im Budget des Landes sind vier Millionen Euro dagegen nur eine Randerscheinung. Über 1000mal mehr, nämlich rund 4,5 Milliarden Euro gibt das Land OÖ heuer aus. In der Wirtschaft geht es bergauf – das Wirtschaftsforschungsinstitut revidiert die Wachstumsprognosen nach oben und die Arbeitsmarktdaten sind gut.

MitarbeiterInnen unter Leistungsdruck

Wenn der Kostendruck steigt, spüren das zu allererst die MitarbeiterInnen der Sozialunternehmen. Zum enorm belastenden Alltag mit kranken und pflegebedürftigen Menschen kommt die Ressourcen-Knappheit. „Immer schneller, immer mehr“ – das bedeutete für Berufe wie AltenfachbetreuerInnen, BehindertenpädagogInnen, FachsozialbetreuerInnen oder SozialpädagogInnen, dass sie mit ihrer Zeit direkt „am Menschen sparen“ müssen. Diesem Druck sind immer mehr KollegInnen nicht gewachsen, was eine deutliche Erhöhung der Krankenstandstage im vergangenen Jahr zeigte. Zum Vergleich: Die Krankenstandstage von MitarbeiterInnen im Sozialwesen haben sich vom Jahr 2005 (17.646) auf das Jahr 2010 (38.748) mehr als verdoppelt. Ein klares Indiz für die hohe Berufsbelastung. Das an sich schon hohe Burnout-Risiko steigt weiter an.

Information: „Null Euro“ auch auf Facebook und Twitter

Mit dem Start der Informationskampagne „Null Euro“ sieht sich die IV-Sozialunternehmen auch in der Pflicht, rechtzeitig zu informieren und vor den Auswirkungen weiterer Sparbudgets zu warnen. Die Diskussion über den Stellenwert der sozialen Dienstleistungen in Oberösterreich wird offen geführt. Es steht allen eine Facebookseite



mit dem Namen „Null Euro“ für den Meinungs austausch zur Verfügung. Aktuelle Informationen gibt es auch auf Twitter. In den kommenden Wochen wird die IV-Sozialunternehmen auch mit öffentlichen Aktionen auf die schwierige finanzielle Lage der Sozialdienstleister aufmerksam machen.

Kontakte IV-Sozialunternehmen:

Sprecher:

Mag. Walter Binder
c/o assista Soziale Dienste GmbH
Hueb 10
4674 Altenhof am Hausruck
Tel: 07735 / 6631 – 200
Fax: 07735 / 6631 – 300
E-mail: w.binder@assista.org

Sprecherstellvertreter:

Ernst Achleitner
c/o Sozialverein B37
Bethlehemstraße 37
4020 Linz
Tel: 0732 / 778682
Fax: 0732 / 778682 -39
E-mail: ernst.achleitner@b37.at

www.iv-sozialunternehmen.at